

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Auf einen Blick

### Glückwünsche zum Jahreswechsel

Zum bevorstehenden Jahreswechsel übermitteln wir allen unseren Leserinnen und Lesern unsere aufrichtigsten Glückwünsche. Mögen sich die Hoffnungen, die alle ins neue Jahr setzen, sich erfüllen und allen Gesundheit, Glück und Erfolg bringen. Das VOLKSBLATT dankt mit diesen Wünschen seinen Leserinnen und Lesern gleichzeitig für die Treue und das Interesse, das sie unserer Arbeit auch im abgelaufenen Jahr entgegenbrachten.

### Nächste Ausgabe erscheint am Dienstag, den 3. Januar

Wegen des im Kanton Zürich geltenden Feiertag «Berchtoldstag», der jeweils am 2. Januar begangen wird, ist der Postdienst in der ganzen Schweiz eingeschränkt. Die Postämter bleiben am 2. Januar traditionellerweise auch in unserer Schweizer Nachbarschaft geschlossen, so dass an diesem Tag keine Poststücke ins Land kommen. Vernünftigerweise bleiben deshalb auch die Postämter in Liechtenstein an diesem Tag zu. Es werden auch keine Zeitungen verteilt.

### Liebespakete nach Polen

Die Regierung beschliesst, die Frist für die Übernahme der Postkosten für Liebesgabenpakete nach Polen bis Ende Januar 1984 zu verlängern. Die Geschenkpakete müssen bei den Poststellen als «Liebesgaben nach Polen» deklariert werden und dürfen das Höchstgewicht von 20 kg nicht überschreiten. Die Pakete können entweder direkt an eine polnische Familie oder zur Verteilung an die folgenden Adressen gesandt werden:

- Pfarramt  
Urząd Parafialny  
ul./Czerwonej Armji 1  
PL-47-220 Kedzierzyn
- Pfarramt  
Ks. Mieczysław Pupek  
ul./Parafialna 7  
PL-18-100 Lapy/Woj. Białystok

### Weisungen zum Landesvoranschlag 1984

Die Regierung genehmigt die Weisungen sowie die Detailbudgets zum Landesvoranschlag für das Jahr 1984. Mit den Weisungen werden die Ämter, Dienststellen und Stiftungsorgane auf die Haushaltsgrundsätze der Gesetzmässigkeit, Dringlichkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit verpflichtet. Die Budget-Kreditkontrolle soll das Einholen von Nachtragskrediten auf das Notwendigste beschränken. Die Detailbudgets dienen der Budgetkontrolle und verpflichten die mit der Kreditverwendung betrauten Stellen auf eine permanente Planung und Einteilung der Aktivitäten im Rahmen der bewilligten Kredite.

### Schulversuch «Der Lesespiegel»

Der Schulversuch zur Erprobung des Leselehrganges «Der Lesespiegel» wird dahingehend ausgedehnt, dass alle interessierten Lehrer der ersten Schulstufe im Schuljahr 1984/85 in die Erprobungsphase miteinbezogen werden. Am 15. März 1983 hat die Regierung auf Antrag des Schulamtes die Erprobung des Leselehrganges in vier Klassen der ersten Schulstufe bewilligt. Aufgrund der positiven Erfahrungen soll nun der Schulversuch im kommenden Schuljahr ausgeweitet werden.

### Pilger-Fotos abholen

Es wird gebeten, die Rom-Fotos bei den Gemeindekanzleien noch im Laufe dieser Woche abzuholen, ebenso die Video-Kassetten, beim Pfarramt Vaduz. Dekanat

## Das Jahr 1983 aus innenpolitischer Sicht

Gedanken zum bevorstehenden Jahreswechsel / von Dr. Herbert Batliner, Präsident der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP)

In wenigen Stunden neigt sich das Jahr 1983 seinem Ende zu. Wie der einzelne Mensch, so ziehen beim Jahreswechsel auch politische Instanzen und Institutionen Bilanz. Sie halten Rückschau und Ausschau. Dies gilt auch für die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP). Wir müssen uns kritisch fragen, was wir im abgelaufenen Jahr für Liechtenstein und seine Menschen erreicht haben und ob sich unsere Arbeit und unser Einsatz gelohnt haben.

Wir müssen in diesen Stunden aber auch über Überlegungen anstellen, was für Fehler und Säumnisse wir begangen haben. Wenn ja, so haben wir offen darüber zu diskutieren. Denn nur wenn man Fehler eingesteht, kann man solche noch korrigieren oder wenigstens versuchen, es in Zukunft, im neuen Jahr besser zu machen.

Für die Fortschrittliche Bürgerpartei war das Jahr 1983 das fünfte seit dem Mehrheitswechsel 1978. Es war das zweite nach der schmerzlichen Wahlniederlage 1982 und der daraus hervorgegangenen Neugruppierung und Neuorientierung. Wir mussten uns noch mehr als zuvor auf den Wählerauftrag einstellen, der für uns als parlamentarische Minderheit klar und unmissverständlich lautet: starke Kontrollfunktion gegenüber der Mehrheit im Landtag und konstruktive Mitarbeit in der Koalitionsregierung. Will die FBP diesem Wählerauftrag gerecht werden und ihn mit Leben ausfüllen, dann muss sie immer wieder den Finger heben und möglichst frühzeitig vor Entwicklungen im Staate warnen, die nach ihrer Meinung in die falsche, unzweckmässige Richtung weisen oder machtpolitische Motive von Seiten der Mehrheit erkennen lassen.

Dass diese Rolle nicht immer bequem ist und man mitunter Gefahr läuft, missverstanden oder als ewiger «Kritikaster» abgestempelt zu werden, erfahren alle, die sich als Mandatäre oder als Exponenten der Partei immer wieder zu Wort melden. Aber ohne dauerndes Engagement in der Sache hat man als politische Minderheit keine Existenzberechtigung. Wenn wir die Rolle ernst nehmen, die uns der Bürger übertragen hat, dann dürfen wir uns weder entmutigen noch einschüchtern lassen, wenn unser Einsatz nicht zu einem erwarteten Erfolg führt oder wenn man uns die Macht der Mehrheit allzustark spüren lässt.

Es ist nun einmal so in der Demokratie, dass letzten Endes nicht die Minderheit, sondern die Mehrheit entscheidet und die Hauptverantwortung für diese

Entscheidung zu tragen hat. Die Minderheit muss sich damit begnügen, im richtigen Moment kritisch-konstruktiv Stellung zu nehmen.

Ziehen wir aus der Sicht der FBP eine Art Bilanz 1983, so erinnern wir uns gerne an den erfolgreichen Ausgang der Gemeindewahlen Ende Januar. Die FBP stellt in sieben von elf Gemeinden den Vorsteher und hat nun auch die Mehrheit in sieben Gemeinderäten. Wenn wir die Eigengesetzlichkeit von Gemeindewahlen auch nicht verkennen wollen, so hat uns dieser Erfolg doch sehr gut getan und viel Auftrieb gegeben.

Positiv für unsere Partei ist ohne Zweifel auch die Entwicklung zu nennen, welche die politische Gleichberechtigung der Frau inzwischen genommen hat. Es war die FBP-Landtagsfraktion, die am 9. Juni vergangenen Jahres, jenen entscheidenden Vorstoss im Parlament machte, der wieder Bewegung in das festgefahrene Problem des Frauenstimmrechtes brachte und nun zu einem positiven Beschluss für die Einführung des Frauenstimmrechtes in Landesangelegenheiten heranreift. Es war die FBP-Fraktion, die den (erfolgreichen) Antrag stellte, den Grundsatz der politischen Gleichberechtigung nicht noch einmal in einer Landtagskommission in Frage zu stellen, sondern direkt in unserer Verfassung aufzunehmen. Es war schliesslich die FBP-Fraktion, welche den ebenfalls erfolgreichen Antrag stellte, das Stimm- und Wahlrecht in Landes- und Gemeindeangelegenheiten weiterhin als getrennte Materie zu betrachten. Die Gemeinderäte sollen weiterhin selbst über diese Frage entscheiden können.

Und dann freut es mich natürlich, dass das Frauenstimmrecht in der Zwischenzeit bereits in Vaduz, Gamprin, Planken, Schellenberg und Ruggell, mithin alles Gemeinden mit FBP-Mehrheiten im Gemeinderat, verwirklicht ist. Ich hoffe, dass am kommenden 13./15. Januar die Eschner nachziehen. Auch dort war es im Juli 1980 ein FBP-Mandatär, der im Gemeinderat einen diesbezüglichen Vorstoss unternahm und damit das Engagement unserer Partei in dieser Frage unterstrich.

Es geht mir hier in diesem Zusammenhang keineswegs darum, die heutige Mehrheitspartei in Sachen Frauenstimmrecht überrunden zu wollen oder gar aus der vielzitierten «Gemeinsamkeit» auszubrechen. Die Konsequenz und die Schnelligkeit, mit der die Regierung auf unsere entsprechenden Vorstösse im Parlament reagiert hat, finde ich zielbewusst. Und in der Gemeinsamkeit der Sache hat

es zu keinem Zeitpunkt gefehlt; höchstens in der Frage des Vorgehens. Und hier kann man meines Erachtens Gemeinsamkeit nicht so interpretieren, dass die FBP sich der Mehrheit der VU unterzuordnen hat. Als staatstragende Partei haben wir eigene Vorschläge zu erarbeiten und auf unsere eigenen Schultern zu nehmen, anstatt sie in den Rucksack der Mehrheitspartei zu stecken.

In der Reihe der wichtigeren Bereiche, in denen sich die FBP im abgelaufenen Jahr ausserdem besonders stark engagiert hat, sei auf die parlamentarische Mitarbeit bei der Baugesetznovelle und auf das Sozialhilfegesetz verwiesen. Die Baugesetznovelle, die wir in verschiedenen Gremien unserer Partei eingehend studiert haben, wies in ihrer ursprünglichen Form so viel Mängel auf, dass die FBP-Fraktion Rückweisung der Vorlage beantragte.

Die VU-Mehrheit hat dann mit ihren Stimmen durchgesetzt, dass die Baugesetzabänderung in erster Lesung dennoch durchberaten werden musste; mit dem Erfolg, dass in einer stundenlangen Debatte, die vor allem ein Dialog zwischen dem Regierungschef und Vertretern der FBP-Fraktion wurde, Mängel über Mängel aufgedeckt wurden. Die von der FBP-Fraktion aufgezählten Fakten, finden nun in einem immerhin 17seitigen Bericht der Regierung ihren Niederschlag.

Daran und an der Bereitschaft der FBP-Fraktion, in einer Landtagskommission zur weiteren Erörterung der Vorlage mitzuarbeiten, ist abzulesen, wie ernst es uns in dieser Sache war. Es ging und geht der FBP in Bezug auf das Baugesetz um alles eher, als um Kritik ob der Kritik wegen. Und Vorwürfe, dass unsere Verbesserungsvorschläge destruktiv und unsere Voten «niederreissende Kritik» darstellen, müssen wir und können wir uns doch nicht gefallen lassen! Das gleiche gilt für das Sozialhilfegesetz, das wegen einem geringfügigen, äusseren Anlass (Menschenrechtskonvention des Europarates) völlig auf den Kopf gestellt wurde. Auch hier begnügte sich die FBP-Fraktion nicht nur damit, Schwächen des Gesetzes aufzuzeigen, sondern liess sich ebenfalls in eine Landtagskommission einbinden, in der sie konkrete und konstruktive Verbesserungsvorschläge einbrachte.

Die vorliegenden Beispiele machen deutlich, was eine parlamentarische Minderheit kann. Sie zeigen aber auch, wo deren Grenzen liegen. Denn alle Mitarbeit und der ganze Wille, aktiv mitzugestalten reicht noch nicht aus, um am Ende zusehen zu müssen, wie die Mehrheit

trotzdem ein unserer Meinung nach mangelhaftes Gesetz in Kraft setzt.

Innerparteilich darf man das Jahr 1983 aus der Sicht der FBP u. a. auch deshalb als einen erfreulichen Zeitabschnitt betrachten, weil es der JUNGEN FBP gelang sich neu zu formieren, weil die Kommission für Frauenfragen eine sehr rege Aktivität entwickelte (Mitwirkung beim Vernehmlassungsverfahren über die Einführung einer Karenzfrist bei einheiratenden Ausländerinnen u. a. m.), und weil die Aktivitäten der Partei auf allen Ebenen, vom Landesauschuss über die verschiedenen Arbeitsgruppen bis hinein in die Ortsgruppen spürbar zugenommen haben und weil man fühlt, dass die Männer und Frauen in unserer Partei wieder mit Begeisterung dabei sind.

Ich weiss, dass ich von unseren Mandatären und Funktionären einen ständigen und aktiven Einsatz verlange. Dieser Einsatz gilt jedoch immer den Interessen unserer Heimat und dazu darf uns kein Einsatz zu hoch sein. Auf parteipolitischer Ebene haben im Jahre 1983 wiederholt in wichtigen Angelegenheiten auch Kontakte mit der Parteileitung der Vaterländischen Union stattgefunden. Es waren in der Regel konstruktive und fruchtbare Gespräche, die geführt wurden und die dazu beitrugen, manches Missverständnis aus der Welt zu schaffen. Insbesondere aber ist man sich stets im Anstand, in Wahrung des persönlichen Respektes und der Privatsphäre des Partners im politischen Wettbewerb begegnet.

Die Zusammenarbeit und (grundsätzliche) Gemeinsamkeit der beiden grossen politischen Parteien des Landes wird notwendig sein, wenn wir die auf uns zukommenden Aufgaben einer Lösung zuführen wollen. Ich denke hier u. a. daran, dass es unsere Pflicht ist, das Drogenproblem so weit wie möglich in Griff zu bekommen; dass es unser erklärter Wille ist, dem Frauenstimmrecht im Frühjahr zum Durchbruch zu verhelfen; dass wir über die Durchsetzbarkeit der Rahmengesetze im Zusammenhang mit dem «Waldsterben» uns einig sein wollen (Luftreinhaltegesetz etc.); dass wir einer allfällig drohenden Jugendarbeitslosigkeit und einem sich abzeichnenden Mangel an Lehrstellen entgegenwirken möchten; dass wir an die Einführung einer flexiblen Altersgrenze unter Wahrung des Anspruchs auf existenzsichernde Renten denken und an unsere staatspolitische Pflicht, die vom Fürstenhaus angekündigte, von grösster historischer Tragweite sich anbahnende Einrichtung einer Stellvertretung im Fürstenhause.

In wenigen Stunden werden die Glocken von den Kirchen unseres Landes ein neues Jahr einläuten. Das Jahr 1984 wird aus innenpolitischer Sicht für unser Land für die Politiker, die um sein Wohl besorgt sein müssen und für die politischen Parteien, die mit ein Rückgrat unserer Demokratie bilden, erneut ein wichtiges Jahr werden.

Für die heute amtierenden Mitglieder des Landtages und der Regierung bedeutet der Jahreswechsel 1983/84 gleichzeitig Halbzeit. Ihre Amtsperioden werden Ende 1985 bzw. Anfang 1986 auslaufen und diejenigen, die bleiben, müssen sich von unseren Stimmbürgern (und ich hoffe, auch von unseren Stimmbürgerinnen) erneut mit politischen Vollmachten ausstatten lassen: die einen um die Mehrheitsverantwortung zu übernehmen und die anderen, um die wichtige Kontrollfunktion des Minderheitspartners in der Politik erfüllen zu können.

In diesem Sinne wird 1984 eine Art Vorwahljahr sein. Die Probleme, die wir noch vor der nächsten Wahl (1986) gelöst haben wollen, stehen in den nächsten Monaten zur dringlichen Erledigung an. Und da es in einem Staatswesen jeweils auch noch viel Unvorhergesehenes, Unerwartetes und hoffentlich nicht zuviel Unerfreuliches zu regeln gilt, haben alle, die guten Willens sind, viel zu tun und viel anzugehen.

Bitte nimmt in diesem Sinne die besten Wünsche der FBP zum Jahreswechsel entgegen. Wünsche, die gleichzeitig unserem Land gelten, wie auch unseren Menschen. Wünsche, die sich an jeden Einzelnen und an die Familien richten. Wünsche auch, die ehrlich gemeint sind und die von Herzen kommen. H. B.

## Ein Abend ganz im Zeichen unserer Sportler



In würdigem Rahmen wurde am vergangenen Donnerstag im schönen Dorfsaal Triesenberg das Sportjahr 1983 abgeschlossen. Geehrt wurden neben den gewählten Sportlern des Jahres, Hanni und Andi Wenzel, auch sämtliche Landesmeister in den verschiedenen Sportarten (unser Bild). Mehr über diesen in jeder Beziehung gelungenen Anlass finden Sie im Sportteil. (Bild: eddy)